

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/109

Bonn, den 12. Juni 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Gesellschaftspolitischer Durchbruch</u> Eine große Leistung der Großen Koalition	42
2 - 3	<u>Die Warnung des USA-Botschafters</u> Viertes deutsch-amerikanisches Gespräch in Bergneustadt Von Dr. George Eliasberg	71
4	<u>Entwicklungshilfe steht erst am Anfang</u> Die Verpflichtung der Industrienationen	48

FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:

3,6 Millionen Frauen leben in Einpersonenhaushalten
Ihr Bruttodurchschnittseinkommen liegt bei 466 DM - viele
fühlen sich vereinsamt

Immer mehr offene Stellen - Hausfrauen werden dringend gesucht

Annemarie Renger in Eastbourne

Meldung

50 Jahre Kriegsgräberfürsorge

Gesellschaftspolitischer Durchbruch

Eine große Leistung der Großen Koalition

sp - Dreieinhalb Monate vor den Wahlen zum 6. Deutschen Bundestag ist der Großen Koalition mit der Verabschiedung des Gesetzes über die Lohnfortzahlung für Arbeiter im Krankheitsfall und der Erhöhung der Krankenversicherungspflichtgrenze auf 1.200 DM für Angestellte ein gesellschaftspolitischer Durchbruch erster Größenordnung gelungen. Ein zähes Ringen läßt, alles in allem genommen, einen befriedigenden Abschluß erwarten.

Gesellschaftspolitische Fortschritte lassen sich nicht von heute auf morgen vollziehen. Es bedarf zu ihrer Verwirklichung zäher Geduld und nicht nachlassender Beharrlichkeit. Der Kampf um die 48 Stundenwoche, von der sozialistischen Arbeiterinternationale am 1. Mai 1889 zur allgemeinen Forderung erhoben, dauerte in Deutschland dreißig Jahre, bis er von einer sozialdemokratischen Regierung erfolgreich beendet werden konnte. Das Ringen um die Gleichstellung von Arbeiter und Angestellten und die damit verbundene Überwindung gesellschaftlicher Vorurteile währte trotz gewaltiger Veränderungen der Gesellschaft sogar länger; schon 1913, ein Jahr vor dem Ersten Weltkrieg, waren es Sozialdemokraten, die aus wohlwollenden Gründen für die Gleichberechtigung von Arbeiter und Angestellten eintraten. 56 Jahre mußten vergehen, ehe diese Forderung, aus dem Bedürfnis nach sozialer Gerechtigkeit geboren, ihren gesetzlichen Niederschlag im Deutschen Bundestag fand.

Die Gesetze haben auch einige Schönheitsfehler, die jedoch ihrer Bedeutung nicht entscheidend Abbruch tun. Wäre es nach dem Willen der Sozialdemokraten gegangen, würden sie schon am 1. August dieses Jahres in Kraft treten. Die Verschiebung auf den 1. Januar 1970 ist bedauerlich.

Als einen großen Erfolg können die Sozialdemokraten verbuchen, daß die Krankenversicherungspflichtgrenze für Angestellte ab 1. Januar 1970 auf 1.200 DM angehoben wird. Die Unionsparteien machten es sich besonders schwer, sie wollten erst zunächst bei der ab 1. August auf 990 Mark angehobenen Grenze bewenden lassen, mußten aber dann nach langem Hin und Her einsehen, daß Vernunft und Sachverstand für den Koalitionspartner sprachen. Die Erhöhung der Krankenversicherungspflichtgrenze für Angestellte auf 1.200 DM zu Beginn des nächsten Jahres ist ein Schritt in der richtigen Richtung und setzt einen Meilenstein in der Sozialgeschichte der Bundesrepublik. Letzte Station eines noch langen Weges wird die Einführung der allgemeinen Volksversicherung sein.

Die Verabschiedung dieser gesellschaftspolitisch so wichtigen Gesetze war nicht Gegenstand von Koalitionsabsprachen im krisen-durchschüttelten Herbst 1966. Es wäre damals vor dem Hintergrund einer wirtschaftlichen Rezession ein verwegener Gedanke gewesen, auf diesem Gebiet initiativ zu werden. Erst die unbestreitbaren Erfolge der von dem Sozialdemokraten Prof. Karl Schiller zu verantwortenden Wirtschaftspolitik machten das Reifen gesellschaftspolitischer Früchte möglich. Heute kann die Wirtschaft, ohne Schaden zu nehmen, die mit den Gesetzen verbundenen Mehrausgaben verkraften. So gesehen ist dies ein Beitrag zur sozialen Symmetrie in unserer Industriegesellschaft. Ihm kommt geschichtliche Bedeutung zu.

Die Warnung des USA-Botschafters

Viertes deutsch-amerikanisches Gespräch in Bergneustadt

Von Dr. George Eliasberg

Die Programm-Abteilung der Amerikanischen Botschaft in Bonn und die Friedrich-Ebert-Stiftung veranstalteten vom 6. bis 8. Juni in der Heimvolkshochschule Bergneustadt zum viertenmal ein deutsch-amerikanisches Gespräch, das diesmal den "Prognosen für eine Gesellschaft der Zukunft: Beispiel Amerika" gewidmet war.

Nach einleitenden Worten des Leiters der Heimvolkshochschule Bergneustadt, Dr. Hans Boulboulé, und des Botschaftsrates G.A. Ewing, sprach der amtierende Botschafter der USA in der Bundesrepublik, Gesandter Russell Fessenden, zum Thema: "Das amerikanisch-europäische Verhältnis: Aufgaben für die 70er Jahre", wobei Mr. Fessenden über den, wie er sich ausdrückte, beruflich-diplomatischen und persönlichen Optimismus hinaus, den Fortbestand und eine Vertiefung des amerikanisch-europäischen Verhältnisses für die Zukunft auch und vor allem aus den eigensten Interessen der Vereinigten Staaten abzuleiten können glaubte. Das gelte sowohl für die fortgesetzte Präsenz der USA in Europa, als auch für das weitere aktive amerikanische Interesse an einer wirtschaftlichen und politischen Einigung Westeuropas, in dem die Vereinigten Staaten ihren selbstverständlichen Partner im weltpolitischen Geschehen sehen. Hier glaubte der amerikanische Chargé indessen auch ein Wort der Warnung hinzufügen zu müssen, daß wachsende protektionistische Tendenzen innerhalb der EWG sehr wohl eine isolationistische Reaktion in den Vereinigten Staaten herbeiführen könnten; dieses gelte insbesondere für die europäischen Agrarmärkte, in denen die amerikanische Landwirtschaft seit jeher eines ihrer natürlichen Absatzgebiete gesehen hat.

Den Mittel- und Höhepunkt der Tagung bildete ein Streitgespräch zwischen Prof. Kurt Tauber vom Williams College in Massachusetts und Prof. Kurt L. Shell, seit 1967 an der Universität Frankfurt, die sich mit "Möglichkeit und Funktion der Ideologie in einer Wohlstands- und Konsumgesellschaft" und "Machtkonzentration und demokratischer Kontrolle" auseinandersetzten. Während Prof. Tauber sich weitgehend den Standpunkt der Neuen Linken in Amerika zu eigen machte und der zurzeit in den Vereinigten Staaten vorherrschenden neo-positivistischen Schule ein mangelndes Verständnis für die sich wandelnde Struktur der kapitalistischen Gesellschaft, ein Beharren in überkommenen liberalistischen Vorstellungen und damit praktisch einen "Ausverkauf" an die herrschenden gesellschaft-

lichen Kräfte vorwarf, glaubte Prof. Shell nachweisen zu können, daß führende Vertreter der amerikanischen Soziologie und Politologie keineswegs als Verteidiger des Status quo bezeichnet werden können und daß ihr Widerstand gegen die (vielleicht nur pseudo-) revolutionäre Ideologie der Neuen Linken nicht zuletzt auch darauf zurückzuführen ist, daß viele heute als konservativ erscheinenden Theoretiker in den 30er und 40er Jahren selber zur damaligen "Linken" gehört hatten und durch die Erfahrungen mit den totalitären Systemen, insbesondere selbstverständlich mit dem Stalinismus, zu einer heilsamen Skepsis gegenüber utopischen Theorien und zu einer Verteidigung demokratischer Institutionen getrieben worden sind. In der sehr lebhaften Diskussion wurde immer wieder auf die Parallelen zwischen den Entwicklungen in den Vereinigten Staaten und Europa, insbesondere in der Bundesrepublik, hingewiesen.

In einem kurzen Überblick der "Rolle der Psychologie in Amerika" wies Prof. Daniel C. O'Connell SJ von der Universität in St. Louis (zur Zeit an der Freien Universität in Berlin) darauf hin, daß das Studium der Psychologie und die Beschäftigung von Psychologen auf allen nur erdenklichen Gebieten in den Vereinigten Staaten zwar sehr viel weiter fortgeschritten sei als in Europa, daß man aber weder die tatsächliche gesellschaftliche Rolle der Psychologen, noch den tatsächlichen Stand der wissenschaftlich-psychologischen Erkenntnisse überschätzen sollte.

In einem auf langjährige persönliche Erfahrungen begründeten Vortrag über "Der Amerikaner in Asien: Probleme der politischen Kommunikation" zeigte Prof. Werner Levi von der Universität in Hawaii auf, welche psychologischen und traditionellen Schwierigkeiten auch den wohlmeinendsten Bemühungen amerikanischer (und europäischer) Politik in Asien entgegenstehen, auch und insbesondere wenn es sich um Entwicklungshilfe handelt, deren Folgen unvermeidlich zur Veränderung traditioneller gesellschaftlicher Strukturen führen müssen. In mancher Beziehung wird die Entwicklungshilfe der Bundesrepublik dadurch erleichtert, daß sie nicht mit dem Odium des "Imperialismus" behaftet ist.

In einem abschließenden Vortrag sprach Prof. Richard E. Gross von der Stanford Universität in Kalifornien über den "Gegensatz der Generationen", wobei die Diskussion durch die Anwesenheit einer Gruppe amerikanischer Studenten recht lebhaft wurde. Auch hier waren die Parallelen zwischen der amerikanischen und europäischen Entwicklung unverkennbar.

Entwicklungshilfe steht erst am Anfang

Die Verpflichtung der Industrienationen

re. - Nach einer Schätzung der Vereinten Nationen wird die Erdbevölkerung von gegenwärtig 3,5 Milliarden Menschen bis zum Jahre 2000 auf 6,1 bis sieben Milliarden Menschen ansteigen. Von den 2,4 Milliarden Bewohnern der heutigen Entwicklungsländer sind 20 Prozent unterernährt. Diese Menschen erhalten zu wenig Kalorien. Weitere 60 Prozent dieser Bevölkerung von heute werden falsch ernährt, weil sie zu wenig Eiweiß, aber auch Minerale und Vitamine bekommen. Etwa zehn Millionen Menschen sterben mindestens in jedem Jahr an Hunger oder Fehlernährung.

Vor diesem Hintergrund bekommt die Entwicklungshilfe vor allem der großen Industrienationen, zu denen die Bundesrepublik gehört, in den nächsten Jahren eine steigende Bedeutung. Es wird ganz allgemein darauf ankommen, mehr Mittel für die Entwicklungshilfe bereitzustellen und mehr Helfer in die unterentwickelten Staaten zu schicken. Dabei kann der Aspekt, ob Hunger Revolutionen erzeugt, außer Acht gelassen werden, weil es dafür keine historischen Beweise gibt. Der Hauptaspekt liegt einfach bei der humanitären Hilfe.

Noch vor einigen Jahren waren die Experten der Meinung, die Entwicklungshilfe solle sich vor allem darauf konzentrieren, den Menschen in den Entwicklungsländern zu helfen, sich selbst zu ernähren. Der Hauptaspekt der Entwicklungshilfe lag also bislang überwiegend bei der Landwirtschaftshilfe, bei der Unterhaltung von Musterfarmen und von Fachschulen, welche die Fähigkeit der Bewässerung, der Viehzucht und des mechanisierten Ackerbaus vermittelten.

Hier hat inzwischen ein Umdenken stattgefunden. Es konzentriert sich am besten in der neuen Forderung für die Entwicklungshilfe, nach dem Bau mittlerer Industriezentren mit zunächst mittelständischer Struktur, die eingebettet werden in eine landwirtschaftliche Eigenversorgung. Es hat sich gezeigt, daß diese Kombination am besten geeignet ist, die landwirtschaftliche Produktion hochzuziehen. Arbeitnehmer in Industrie und Handwerk haben eine größere Kaufkraft, verlangen regelmäßige und gute Ernährung. Die mit ihnen kooperierenden Agrargenossenschaften oder Farmen stellen sich schnell darauf ein und verbessern so ihre Agrarproduktion.

Ein weiterer Aspekt der Entwicklungshilfe ist die neuartige industrielle Produktion von Lebensmitteln in den Entwicklungsländern. Bei der pflanzlichen Ölgewinnung fallen Ölkuchen ab, die äußerst eiweißreich sind und - vermischt mit Hirse und Mais - eine hervorragende Nahrung ergeben. Bei mineralischem Erdöl ist man inzwischen soweit, daß sich auch daraus Eiweiß für die menschliche Ernährung ohne Einschränkungen gewinnen läßt. 20 Mio. Tonnen Eiweiß könnten die 700 Erdölraffinerien in der Welt produzieren und damit die gleiche Eiweißmenge, wie wir sie aus tierischer Herkunft heute zur Verfügung haben.

Die Entwicklungshilfe der Industrienationen für die hungernde Welt steht erst am Anfang. Die ersten Erfahrungen konnten auch in der Bundesrepublik gemacht werden. Jetzt kommt es darauf an, sich den neuen Aspekten und weiterführenden Projekten zuzuwenden.